

*Die Studie des KCE-Instituts sorgt für gehörigen Wirbel in Ostbelgien. Quer durch fast alle Parteien haben sich die Politiker am Donnerstag zu Wort gemeldet und betont, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Entbindungsstation des St. Nikolaus-Hospitals in Eupen vor der Schließung zu bewahren. Auch die Einrichtung selbst wehrt sich.*

Zum Hintergrund: Das Grenz-Echo veröffentlichte am Donnerstag das Ergebnis einer Studie des Expertisezentrums für das Gesundheitswesen (KCE), die besagt, dass es unter der Berücksichtigung von Kriterien der Kosteneffizienz und Zugänglichkeit in Belgien 17 Entbindungsstationen zu viel gibt, darunter die des Eupener Spitals. Das KCE hat berechnet, dass mindestens 557 Entbindungen im Jahr erforderlich sind, um kosteneffizient zu sein.

Der Verwaltungsrat und die Direktion des St. Nikolaus-Hospitals in Eupen kritisieren diese Empfehlung vehement, die man „überhaupt nicht nachvollziehen kann“, heißt es in einer Pressemitteilung. Man werde alle Mittel gegen eine Schließung ausschöpfen. Mit mehr als 400 Geburten jährlich leiste diese Station eine wichtige Aufgabe im Norden Ostbelgiens. Mit ihrem deutschsprachigen Angebot ermögliche sie werdenden Eltern aus der Region kurze Wege. Bei einer Schließung würde sich die Fahrzeit für viele deutlich erhöhen, teilweise über die gesetzlich garantierte Fahrzeit von 30 Minuten hinaus, argumentiert die Klinikleitung. Unverständlich sei auch, dass das Haus im Zuge der Studie weder informiert noch einbezogen wurde.

Für DG-Gesundheitsminister Antonios Antoniadis (SP) verkennt das KCE die ostbelgische Realität. Die Regierung werde sich jedenfalls für den Erhalt des Dienstes in Eupen stark machen, der im Gegensatz zu St. Vith zu nah an anderen Geburtshilfen im Lütticher Becken liege. „Seit Jahren werden europaweit Stationen und ganze Krankenhäuser geschlossen. Es überrascht nicht, dass die Föderalregierung das auch in Belgien beabsichtigt. Diese sei aktuell aber nur geschäftsführend tätig“, sagt der Minister und weist darauf hin, dass die föderale Gesundheitsministerin Maggie De Block (Open VLD) in ihrer jetzigen Funktion keine tiefgreifende Entscheidung dieser Art treffen dürfe. „Trotzdem wird die DG-Regierung auf den KCE-Bericht reagieren. Eine Stellungnahme an die Ministerin ist bereits in Vorbereitung“, erklärte Antoniadis, der nicht nur die Entfernung, sondern auch die deutsche Sprache als Argument anführt.

Der Vize-Ministerpräsident nimmt aber an, dass die Föderalregierung auch andere Dienste in Augenschein nehmen wird: „Die Diskussion wird nicht bei den 17 Entbindungsstationen enden. Die Liegezeiten werden immer kürzer, und bei der Gesundheit wird am falschen Ende gespart.“ Vor diesem Hintergrund habe er bereits in der Vergangenheit die engere Zusammenarbeit der beiden ostbelgischen Kliniken gefordert, um die Dienste in beiden Häusern aufrechtzuerhalten. Antoniadis: „Unsere Krankenhäuser sind zu klein. Sie werden beide in Zukunft öfters mit hohen Normen konfrontiert werden.“ Noch im Januar soll über das gemeinsame Gesundheitsangebot in einer Arbeitsgruppe mit den Verantwortlichen der Kliniken gesprochen werden.

Und auch das Eupener Krankenhaus stellt sich hinter den Minister. „Umso mehr begrüßen wir die Ankündigung des zuständigen Ministers, sich zeitnah mit den Verantwortlichen der Hospitäler in der DG zusammzusetzen. Diese orts- und sachfern entwickelte Empfehlung (des KCE, A. d. R.) ist in den Augen der Eupener Direktion ein Beleg dafür, dass die Fusion der beiden Häuser dringend auf die Tagesordnung gehört, um solche Fehlentwicklungen zu vermeiden und mit einer Stimme zu sprechen. Es braucht nun einen gemeinsam getragenen Gesundheitsplan für Ostbelgien. Die Eupener Verantwortlichen stehen hinter diesem Vorhaben“, heißt es in der Pressemitteilung des Spitals.

Derweil kündigten die Fraktionssprecher der ProDG-SP-PFF-Mehrheit im Parlament in einer Stellungnahme eine Resolution an die Föderalregierung zur Absicherung der Entbindungsstation und des Gesundheitsangebots in deutscher Sprache an. Damit wollen sie in erster Linie Druck auf den Föderalstaat ausüben. Mit diesem Schritt unterstützt die Mehrheit außerdem die Bemühungen von Antoniadis. Außerdem wolle man De Block an den Respekt der deutschen Sprache und der deutschsprachigen Belgier im Bereich der Gesundheitsversorgung erinnern.

„Es ist unverantwortlich, nur die Kriterien der Kosteneffizienz und Erreichbarkeit zu Rate zu ziehen, um zu einer Einschätzung der gesundheitlichen Lage in den Krankenhäusern zu gelangen“, sind sich die Fraktionssprecher Gregor Freches (PFF), Charles Servaty (SP) und Freddy Cremer (ProDG) einig. Auch die Sprache müsse als Kriterium herangezogen werden, um die soziokulturelle Realität widerzuspiegeln und den Bedürfnissen deutschsprachiger Patientinnen und ihrer Familien gerecht zu werden. Eine entsprechende Resolution soll in Kürze im Parlament hinterlegt werden. Die Koalition appelliert an eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit bei diesem sensiblen Thema.

Dabei wird sie sicherlich nicht auf taube Ohren stoßen, denn auch die CSP meldete sich am Donnerstag zu Wort. In deren Augen richtet De Block gerade für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum enorme Schäden an. „Wenn sich Ostbelgien als Standort für das Zusammenleben und Arbeiten weiterentwickeln soll, dann müssen wir auf Familien setzen und für diese auch handfeste Angebote bereithalten. Die Schließung des Eupener Entbindungsheimes wäre demzufolge das genau falsche Zeichen und eine Katastrophe für die ganze Region“, erklären CSP-Präsident Pascal Arimont, Jérôme Franssen, Abgeordneter im PDG, und die Vorsitzende des PDG-Gesundheitsausschusses, Jolyn Huppertz.

Laut De Block sollten die in Frage kommenden Geburtsstationen nicht alle von heute auf morgen geschlossen werden. Es obliege nun den regionalen Entscheidungsträgern, die Empfehlungen des KCE umzusetzen und konkrete Maßnahmen folgen zu lassen, so die CSP. Demnach müsse die DG-Regierung zunächst hier vor Ort klare Zeichen für den Erhalt der Klinik setzen und ferner zeigen, wie ernst sie im belgischen Staatsgefüge genommen werden will, schreibt die CSP weiter. „Die DG-Regierung muss in Brüssel deutlich machen, dass die hiesige Bevölkerung eine erreichbare medizinische Versorgung in deutscher und französischer Sprache unbedingt braucht. Dazu zählt auf jeden Fall auch eine Entbindungsstation in Eupen und in St. Vith“, fordert Arimont.

Die Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF) erklärte: „Entbindung ist eine medizinische Grundversorgung, an der nicht gespart werden sollte.“ Auch wenn es derzeit lediglich die Schlussfolgerung einer Analyse widerspiegeln würde, wäre es alleine aufgrund der deutschen Sprache schon ein „absolutes No-Go“, die Entbindungsstation in Eupen zu schließen, so Jadin. „Ich begrüße zwar die erste Reaktion der ostbelgischen Regierung, ermutige aber den zuständigen Minister, seinerseits den Druck so zu erhöhen, dass die Resultate dieser Analyse, zumindest für den ostbelgischen Teil, nie zur Debatte kommen werden“, so Jadin. Fakt sei nämlich auch, dass die derzeitige politische Lage auf föderaler Ebene es nicht zulasse, eine solche Entscheidung überhaupt in Angriff zu nehmen. Sie könnte deswegen erst unter einer neuen Mehrheitsregierung auf den Tisch gelegt werden. Jadin: „Die Analyse vertraut sehr viel auf theoretische Berechnungen und zum Teils alten Zahlen, lässt im Eupener Fallbeispiel einige markante Details außen vor und spiegelt in keiner Weise die wahren Begebenheiten wieder.“ Die Abteilung im Eupener Krankenhaus sei weit über die DG-Grenzen hinaus beliebt, so die PFF-Vorsitzende, die nicht nur den ostbelgischen Gesundheitsminister hier in der Pflicht sieht, sondern auch das neue Krankenhausnetzwerk vor einer ersten Bewährungsprobe.

Der Block selbst, für die eine „Reform sich aufdrängt“, wurde am Donnerstag in der Kammer unter Beschuss genommen und musste es gleich gegen neun Fraktionen aufnehmen, die ihr u.a. fehlende Menschlichkeit vorwarfen. Kosteneffizienz und Rentabilität dürfen nicht das einzige Kriterium sein, hieß es. Die Ministerin, selbst Ärztin, gab sich kämpferisch und legte dar, dass eine Mindestaktivität in einer Entbindungsstation erforderlich sei, um effizient arbeiten zu können. „Ich verstehe die Emotionen, aber wir müssen auch in der Lage sein, mutige Entscheidungen zu treffen“, sagte sie. Die Tatsache, dass Großeltern weiter fahren müssen, um ihr neugeborenes Enkelkind sehen zu können, sei weniger wichtig als die Gesundheit des Babys selbst. (mv/gz)

Copyright © 2020 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten